

II- 2041 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Dez. 1968 No. 1031/J

Anfrage

der Abgeordneten Melzl, Melter, Peter,
Dr. Scrinzi, Dr. van Tongel und Zeillinger
an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unter-
nehmungen,
betreffend das zwischen ÖVP und SPÖ ausgehandelte Abkommen über
die Aufrechterhaltung bzw. Ausweitung des parteidpolitischen Proporz
in der verstaatlichten Industrie.

Bei der Besetzung von leitenden Posten in verstaatlichten Unter-
nehmungen wird - entgegen allen anderslautenden Versprechungen und
tönenden Ankündigungen der Regierung sowie der Regierungspartei -
auch weiterhin das Parteibuch entscheiden! Dies ist das Ergebnis eines
langen Feilschens zwischen ÖVP und SPÖ, das in einem dreiteiligen Ab-
kommen seinen Niederschlag gefunden hat (Verlängerung der im nächsten
Jahr ablaufenden Vorstandsverträge in verstaatlichten Unternehmungen und
die Bestellung von vier gleichberechtigten Direktoren in der Vereinigte
Metallwerke Ranshofen-Berndorf - AG.; Verpflichtung des Bundesmini-
stres für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen zur Aufnahme von
"Kontakten" mit den Parlamentsklubs im Falle des Nichtzustandekommens
einer Zweidrittelmehrheit im ÖIG-Aufsichtsrat bei der Neubestellung eines
Vorstandsmitgliedes; Verlängerung der über den Proporz im Jahr 1966
zwischen ÖVP und SPÖ getroffenen Vereinbarung um eineinhalb Jahre).

Durch diesen Proporzpakt zwischen ÖVP und SPÖ wird die
unselige Parteienverherrschaft in der verstaatlichten Industrie, die der

Österreichischen Volkswirtschaft schon in der Vergangenheit großen Schaden zugefügt hat, nicht nur bestätigt, sondern auch über das bisherige Ausmaß hinaus noch weitergehend verankert. Damit haben sich die von den freiheitlichen Abgeordneten zum Nationalrat bereits anlässlich der Verabschiedung des ÖIG-Gesetzes geäußerten Befürchtungen als vollends gerechtfertigt erwiesen. Die Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel in diesem so wichtigen Bereich unserer Wirtschaft wurde sohn, wenigstens für die Dauer dieser Gesetzgebungsperiode, zunichte gemacht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen die

Anfrage:

- 1) Welchen genauen Wortlaut hat jene schriftliche Erklärung, durch deren Unterzeichnung Sie, Herr Bundesminister, sich verpflichten mußten, beim Nichtzustandekommen einer Zweidrittelmehrheit im ÖIG-Aufsichtsrat bei der Neubestellung eines Vorstandsmitglieds mit den Parlamentsklubs "kontakte" aufzunehmen?
- 2) Werden Sie bei einem derartigen Kontakt mit der FPÖ-Nationalratsfraktion die Forderung der freiheitlichen Abgeordneten berücksichtigen, daß bei welcher Neubesetzung auch immer nicht das Partelbuch, sondern ausschließlich die tatsächliche Qualifikation des Kandidaten den Ausschlag gibt?
- 3) Welche im nächsten Jahr ablaufenden Vorstandsverträge werden auf Grund des neuen Proporzpaktes verlängert werden und für welche Zeit wird diese Verlängerung vorgenommen werden?
- 4) Warum sollen in der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf - AG, statt der bisherigen Form vier gleichberechtigte Direktoren bestellt werden, obwohl dies jeder wirtschaftlichen Vernunft zuwiderläuft?
- 5) Welche persönliche Haltung haben Sie als der für die verstaatlichten Unternehmungen verantwortliche Minister in Wahrnehmung Ihrer im ÖIG-Gesetz verankerten Rechte und Pflichten bei den zwischen ÖVP und SPÖ geführten Hauprozessverhandlungen eingenommen?
- 6) Sind Sie in der Lage, für jene Entwicklung in den verstaatlichten Industrie die volle Verantwortung zu übernehmen, die durch dieses neue Proporzabkommen zwischen ÖVP und SPÖ vorbestimmt wurde?